Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.
Redaktion: Johannisgasse 8. Sprechstunde: 5—6 Uhr Nachm. Fernsprecher: 153.
Expedition: Johannisgasse 8. Fernsprecher: 222.
Filialexpeditionen: Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046), L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2935) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7606).
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.)

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 269. **Sonntag** den 29. Mai 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Bei dem internationalen Kongreß der wissenschaftlichen Akademien, der gegenwärtig in London tagt, sollten die französischen Gelehrten vom Königspaar besonders ausgezeichnet worden sein. Dies wird uns von einem Teilnehmer an dem Kongresse als unzutreffend bezeichnet. (S. Dtsch. Reich.)

* Der alldeutsche Verbandstag wurde gestern in Lübeck eröffnet. (S. Dtsch. Reich.)

* Das bereits gemeldete Gefecht bei Otjomasu vom 24. ds. Mts. wird jetzt in einer amtlichen Depesche Leutweins bestätigt.

* Der Besuch des Königs von Spanien in Berlin ist im September zu erwarten. (S. Ausland.)

* Schwere Gewitter, die große Verwüstungen und zum Teil Verluste an Menschenleben im Gefolge hatten, werden auch aus Thüringen gemeldet.

* Der schweizerische Bundesrat legt der Bundesversammlung den Entwurf eines einheitlichen schweizerischen Zivilgesetzbuchs vor. (S. Ausland.)

* Der König von Italien traf gestern zur Eröffnung der Ausstellung für Touristik in Bologna ein. (S. Ausland.)

Wochenschau.

Kongresse über Kongresse sind in dieser Pfingstwoche abgehalten worden. Fast zu viele. Gesinnungsgenossen haben sich versammelt und Leute desselben Berufs, gelehrte Männer und ungelehrte, und kaum gab es zwischen Memel und Belt irgend eine Stadt von Bedeutung, die nicht in ihrer lockenden Frühlingsgewandung eine Tagung beherbergt hätte. Aber noch ist des „Tagens" kein Ende. Der Evangelisch-soziale Kongreß und der Evangelische Arbeiterverein, die Hirsch-Dunckerschen und die sozialdemokratischen Bergarbeiter, der Evangelische Bund und der Deutsche Schulverein, die Volkslehrer und die Privatlehrer sind versammelt gewesen; die Neuphilologen, die Kriminalisten und der Alldeutsche Verband sind es noch, und auch die Teilnehmer des Kongresses für gewerblichen Rechtsschutz lassen sich ein wenig Zeit beim Abschiednehmen und haben Berlin noch nicht verlassen. Aber man ist nicht nur allerorten versammelt gewesen in dieser Woche zwischen Pfingsten und Trinitatis; man hat auch allerlei Begrüßungen veranstaltet und Umtrunke, und man hat geredet. Ein bißchen viel geredet; morgens, nachmittags, und wenn man abends hinter den Bechern saß, von neuem. Dabei ist gewiß manches grundgescheite und vortreffliche Wort gefallen; aber es zeigten sich hier wieder deutlich die leider engen Grenzen aller menschlichen Begabung. Für die Redeströme, die sich in dieser pfingstlichen Kongreßwoche über unser Vaterland ergossen, reicht die Aufnahmefähigkeit des Durchschnittsmenschen schlechterdings nicht aus, und deshalb muß man immer von neuem die bewegliche Frage wiederholen: ist es denn unbedingt nötig, daß alle, ausgerechnet alle, Vereinigungen und Gruppen just zu Pfingsten tagen? Bei den einen oder anderen mag sich das ja nicht vermeiden lassen; aber die Fülle der Kongresse schwillt von Jahr zu Jahr — man möchte fast sagen: in geometrischer Progression — an, und nachgerade können die Zeitungen mit diesem allgemeinen Tagungsdrang einfach nicht mehr mitkommen. Damit entfällt für die Kongresse aber die Möglichkeit, auf die Oeffentlichkeit zu wirken und — das ist wohl nicht zu viel behauptet — der beste Teil ihrer Arbeit.

Unter dem heurigen Ueberfluß haben auch zwei Tagungen gelitten, die uns mit als die bedeutendsten erschienen: die Zusammenkunft der evangelischen Arbeitervereine in Frankfurt a. M. und die Jahresversammlung des evangelisch-sozialen Kongresses in Breslau. In einer Zeit, die wieder einmal erfüllt ist von dem hysterischen Drange, daß nunmehr unbedingt etwas geschehen müsse, da die Parlamente von dem Umsturzgeschrei widerhallen, in der „Kreuzztg." unbekannte Herrenhausgrößen den toten Bismarck zum Kronzeugen für ihre kleinen Künste anrufen und Herr v. Jagemann mit einer Betriebsamkeit, die unter Gelehrten sonst selten ist, durch Zuschriften an die Blätter sein Staatsrecht des Reichsvertrags auf Kündigung zu komentieren versucht — in so wirren und krausen Zeitläuften wirkten diese beiden Kongresse wie Oasen in der Wüste. Allerlei Stilisten unbekannter Herkunft, zuletzt noch ein prätentiöser Neunmalweiser in einer Wochenschrift, haben uns einzureden versucht: es gäbe keinen halbwegs verständigen, denkenden Menschen, der nicht der Ueberzeugung wäre, daß jetzt Kandare geritten werden müßte; daß es Zeit wäre, den „Mob" mit Gewaltkuren zur Raison zu bringen. Nun — in Breslau war ein ganz Teil selbständig denkender, halbwegs verständiger Männer beisammen: die Harnack und Adolf Wagner wird man jedenfalls dahin zählen dürfen. Aber die verkündeten andere Lehren; ganz andere. Von der Notwendigkeit sprachen sie, die soziale Frage als ethisches Problem zu fassen und von unserer Pflicht, das Selbstständigkeitsverlangen des Arbeiters anzuerkennen, der Herr seiner eigenen Geschicke zu sein wünsche. Und mehr als einmal fiel das Wort: die Zeit des absolutistischen Regiments ist vorüber; auch in Werkstatt und Fabrik. Jetzt gilt es, auch bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses nach neuen konstitutionellen Formen zu suchen. Darin aber berührte sich die Breslauer Tagung mit der in Frankfurt a. M. Die Arbeiter, die dort redend auftraten — evangelische Arbeiter, die treu zu Kaiser und Reich stehen und von sozialdemokratischer Utopisterei gewiß meilenweit entfernt sind, betonten doch mit nicht mißzuverstehender Geflissenheit dieses Selbständigkeitsstreben. Und als Herr De Bovenschen vom neugegründeten „Reichswahlverband" um Liebe warb und vor Arbeitern die Naivetät vorbrachte, er und der General z. D. Liebert gedächten ja auch Arbeiter zu „organisieren", da wurde er kühl und glatt abgewiesen. Aus diesem Vorgange ist mancherlei zu lernen. Vornehmlich das Eine: daß wir die großen, wir wiederholen: die sehr großen und bedeutsamen Schichten der Arbeiterschaft, die fest und treu auf dem Boden des Gegenwartsstaates stehen, unrettbar der Sozialdemokratie in die Arme treiben würden, falls es uns beifallen sollte, nach den Rezepten der Mirbach und Manteuffel, der Menck und Genossen Politik zu machen. Die Zeit der Cia-Popeialieder ist nun einmal vorüber und der Patriarchalismus hat endgültig ausgespielt. Wenn wir die Arbeiterschaft beim Staat erhalten und ihm wiedergewinnen wollen, werden wir allem zuvor das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen bedingungslos anzuerkennen haben . . .

Ein starker Selbständigkeitsdrang durchpulste auch den Lehrertag. Man wollte ganze Arbeit machen und verlangte bedingungsloses Universitätsstudium für alle Volkslehrer, wie man auch unumgeschränkt für die Simultanschule aussprach und der geistlichen Schulaufsicht ein Veto brachte. Bei dem Protest gegen den konservativ-nationalliberalen Schulantrag berührte sich ja der Lehrertag mit großen Strömungen innerhalb der nationalliberalen Partei selbst. Mit diesem Bündnis sind — wozu sollte man's verschleiern? — bedeutsame Gruppen der Partei durchaus unzufrieden, und alle Kommentare, die bisher von den Abgeordneten Friedberg und Hackenberg gespendet worden sind, haben keine wesentliche Beruhigung zu schaffen vermocht. Indes ist es hier vielleicht ebenso sehr das unbehagliche Gefühl, daß die Nationalliberalen überhaupt sich wieder mit der Rechten koaliert haben, was die Beunruhigung schafft, wie der berechtigte Kummer um die Simultanschule. Denn es kann zugestanden werden, ihre Praxis ist oft genug darauf hinausgekommen, daß in der Simultanschule wohl der katholische Lehrer seine persönlichen Ueberzeugungen vortrug, der von Denunzianten umlauerte Protestant aber mit nichten. Und so hat in vielen Fällen der tatkräftigere Katholizismus den Vorteil von der Simultanschule gehabt. Aber das darf mit nichten dazu führen, daß wir die Simultanschule preisgeben, sondern daß der Protestantismus mit Energie erfüllt wird. Und man bedenke wohl, daß es aus der gesetzlich festgelegten Konfessionsschule nur schwer ein Entrinnen geben wird und daß wir mit ihrem Erstehen die Hoffnung auf freundlichere, tolerantere Zeiten begraben müssen. Gleich schwere Gefahren des Schulkompromisses liegen unseres Erachtens auf der andern, der politischen Seite; er kann leicht zur Falle werden, in der der nationale Liberalismus für die Zwecke der Konservativen eingefangen werden soll.

Inzwischen ist der große Kulturkampf, der zwischen Vatikan und Frankreich gekämpft wird, an einen Punkt gekommen, wo man allen Ernstes von der Möglichkeit einer Kündigung des Konkordats sprechen kann. Leute, die die Vorgänge aus nächster Nähe verfolgen, glauben zwar nicht, daß es schon jetzt so weit kommen werde. Sie meinen, das Kabinett Combes wolle diesen Schritt zwar vorbereiten, aber noch nicht tun. Und das ist immerhin glaubwürdig, denn es ist mehr als zweifelhaft, ob die Regierung für ein so rigoroses Vorgehen schon jetzt die erforderliche Kammermehrheit fände.

Von Ostasien aber nicht viel Neues; nur daß das Kriegsglück sich jetzt wieder den Japanern zuzuneigen scheint.

Der Aufstand der Herero.

Das Gefecht bei Otjomasu.

Ueber das Gefecht bei Otjomasu vom 24. d. Mts., das wir bereits in der letzten Abendausgabe erwähnten, liegt nunmehr auch ein amtliches Telegramm des Gouverneurs Leutwein vor, dessen Inhalt das bereits mitgeteilte nur in unwesentlichen Punkten ergänzt. Es lautet:

Am 24. Mai, vormittags 5 Uhr, stieß Major von Estorff, auf die Nachricht vom Abmarsch der Tetjo-Leute von Osten zum Omaramba-Fluß, von Okamatangara auf Otjomasu vor und fand letzteres besetzt. Der überraschte Feind verteidigte sich tapfer. In dichtestem Gebüsch griffen die 1., 2. und 6. Kompagnie an. Der Feind wich nach allen Seiten auseinander und hinterließ 6 Tote, darunter einen Großmann; außerdem wurden Tote und Verwundete weggeschleppt, Verlust also jedenfalls größer. Dieseitiger Verlust: von der 1. Feldkompagnie gefallen: Reiter Lucier aus Paris und Kriegsfreiwilliger Richard Spindler aus Leubus, Kreis Wohlau. Es wurden 115 Stück Kleinvieh erbeutet. Major von Estorff verfolgte den fliehenden Feind und kehrte dann auf seine Marschstraße Okamatangara—Omaramba-Fluß zurück.

Der übliche Abstand von vierundzwanzig Stunden hinter der privaten Berichterstattung wurde von unsern amtlichen Stellen also auch diesmal genau innegehalten.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Erstürmung von Nintschou.

Von den Kämpfen um Nintschou werden über London folgende Einzelheiten gemeldet:

Nach allen hier vorliegenden Berichten war die Schlacht um den Nanshan-Hügel bei Kintschou äußerst heiß und blutig. Der Hügel war nach allen Regeln der Kunst aufs stärkste befestigt. Den ganzen Tag tobte der Kampf um jene Stelle. Die Japaner hatten nur leichte Artillerie aufzustellen gegen die zahlreichen schweren Geschütze der Russen, die in mit Stacheldraht umgebenen Laufgräben aufgestellt waren. Um 3 Uhr gingen die Japaner mit aufgepflanztem Bajonett zum Sturm vor, aber eine Reihe nach der anderen wurde niedergemacht, immer wieder stürmten frische Truppen über die Reihen der Gefallenen, bis endlich um 7 Uhr Abends der Hügel erobert wurde. Die Russen zogen sich bei Anbruch der Nacht auf Nankwanling zurück, wo sie eine zweite Verteidigungsstellung errichtet hatten. Ueber das Schicksal des rechten Flügels der Russen fehlen bisher Nachrichten. Der Bahnhof von Tofangschang, die erste Station südlich von Kintschou, sowie der Bahnhof von Kintschou selbst wurden von den Russen in die Luft gesprengt; diese kämpften mit Todesverachtung und gaben ihre durch die japanische Ueberzahl unhaltbar gewordenen Positionen in voller Ordnung auf.

Wie dem „Daily Telegraph" aus Tokio gemeldet wird, stehen die Japaner nur noch 12 englische Meilen von Port Arthur. Auf diese Stadt wurde von acht japanischen Schiffen ein neues Bombardement eröffnet. Admiral Togo hat nunmehr die effektive Blockade der Liautung-Halbinsel südlich der Linie Pitsewo-Wusangzien erklärt.

Die dritte japanische Armee ist mit ihren Hauptkräften bei Takuschan gelandet. Viele Transporte sind noch zur See unterwegs.

Weitere russische Pläne.

Eine Petersburger Drahtmeldung der „Daily News" will wissen, Kuropatkin warte nicht länger den Angriff der Japaner bei Liaojang ab, sondern ergreife die Offensive. General Konoratowichs Streitmacht, über 25 000 Mann stark, habe sich derartig zwischen beiden japanischen Armeen eingekeilt, daß deren Vereinigung unmöglich sei. Kuroki habe nun General Rennenkamps Kosaken hinter sich und Konoratowichs Division in seiner Flanke. Ein allgemeiner russischer Vormarsch von Liaojang sei möglich, da Kuropatkin in den letzten drei Wochen wesentliche Verstärkungen erhalten habe.

Abgelehnte Vermittlung.

Die amerikanische Regierung hat in Tokio wie Petersburg ihre guten Dienste zu Friedensvermittlungen angeboten, erfuhr jedoch an beiden Stellen eine Ablehnung.

Englisch-russische Annäherung.

Die Anzeichen für die Annäherung zwischen England und Rußland mehren sich. So veröffentlicht der „Figaro" in der neuesten hier eingetroffenen Nummer folgendes Telegramm aus St. Petersburg: „Sir Charles Hardinge hat heute bei der Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben dem Kaiser von Rußland ein Privatschreiben des Königs Eduard überreicht. Zu gleicher Zeit drückte er die Wünsche des Königs von England für die Herstellung der möglichst besten Beziehungen zwischen den beiden Ländern aus."

Deutsches Reich.

* Leipzig, 27. Mai.

* **Vom Internationalen Kongreß der wissenschaftlichen Akademien,** der gegenwärtig in London versammelt ist, erhalten wir von einem Teilnehmer folgende Zuschrift:

„Es ist in verschiedenen Londoner und Pariser Zeitungen die Mitteilung enthalten, der König und besonders die Königin hätten bei dem Empfange der Akademiker in Windsor die französischen Delegierten im Gegensatz zu den deutschen ganz besonders ausgezeichnet. Das Gegenteil ist wahr! Die deutschen Delegierten sind auch von der Königin überaus freundlich begrüßt worden, sodaß dies u. a. den englischen Delegierten geradezu aufgefallen ist."

Offenbar bemühen sich die Franzosen, und vielleicht auch interessierte Engländer, diese absolut unpolitischen Vorgänge ihren Zwecken dienstbar zu machen — und sei es auf Kosten der Wahrheit. Dabei spielt wahrscheinlich auch der bevorstehende Kieler Besuch des Königs von England eine Rolle.

Bismarck oder Lassalle? Unter diesem Titel hat ein „Politikus", so bezeichnet sich der Verfasser, eine kleine Schrift erscheinen lassen (Görlitz bei Rudolf Düfler), in der er die Ebenbürtigkeit Lassalles mit Bismarck nachzuweisen sucht. Es ist müßig, solche Fragen heute aufzurollen, denn eine sichere Antwort darauf, was aus Lassalle bei längerem Leben geworden wäre, kann niemand geben. Seine Politik hätte ihn, konsequent durchgeführt, in das Regierungslager führen müssen. So sagt Bernstein, der aber gleich hinzufügt, daß Lassalle den Beamtenrock nie angezogen hätte, weil er genug besaß, um leben zu können. Der „Politikus" dagegen glaubt, daß Lassalle zum unversöhnlichsten Gegner Bismarcks geworden wäre. Wir unserseits neigen uns mehr der Ansicht Bernsteins zu. In der äußeren Politik waren Lassalle und Bismarck vollständig einig. Ersterer war sogar publizistisch ein Vorkämpfer des Letzteren. In der inneren Politik hätte sich aber wahrscheinlich auch Verständigung gefunden, denn Lassalle war nicht derart geschaffen, daß er jahrzehntelang nur im Schatten der Opposition gestanden hätte. Wie hierin, so ist auch in manchen anderen Punkten die Auffassung des „Politikus" schief. Namentlich ist sein Urteil über Bismarck ganz einseitig. In Summa: Ein Bedürfnis für die Schrift vermögen wir nicht anzuerkennen.

* **Der ambulante Gerichtsstand der Presse** ist zwar gesetzlich abgeschafft, er wird aber wieder in die Praxis eingeführt, wenn die Behörde mehrere Prozesse miteinander „verbindet". So berichtet die „Breslauer Morgenzeitung" von einem Prozeß, der jetzt am Landgericht Ratibor gegen einen in Breslau lebenden Redakteur angestrengt worden ist. Das Verfahren gegen diesen, welches eine Broschüre des Genannten „Die literarische Freiheit der Juristen" zum Ausgangspunkt nimmt, wurde in Ratibor eröffnet. Warum? In dem Beschlusse heißt es, daß ein im Landgerichtsbezirke Ratibor wohnender Rechtsanwalt verdächtig sei, den Verfasser durch Mitteilungen unterstützt zu haben und daß ein Buchhändler in Ratibor wegen Verkaufs der Broschüre angeklagt worden sei. Da die drei Fälle nicht zu trennen seien, sei Ratibor der zuständige Gerichtshof. Soweit die Motivierung. Da nun mutmaßlich die Broschüre von vielen Buchhändlern in Deutschland verkauft worden ist, so könnte der Verfasser nach dieser Deduktion an unzähligen Orten des Deutschen Reiches belangt werden, indem gleichzeitig der betreffende Buchhändler unter Anklage gestellt würde. Auf diese Weise wäre dann der fliegende Gerichtsstand gegen Redakteure ganz wie früher wieder eingeführt. Principiis obsta! Die Presse hat allen Grund, die Aufmerksamkeit der höchsten Behörden schon bei dem ersten Falle auf diesen neuen Modus des Verfahrens hinzulenken.

* Berlin, 28. Mai.

* **Neue Maß- und Gewichtsordnung.** Der vom „Reichsanzeiger" veröffentlichte Entwurf einer neuen Maß- und Gewichtsordnung hat bekanntlich in erster Linie den Zweck, das bereits in einer Reihe von Bundesstaaten sowie in Oesterreich, Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz eingeführte System der periodischen Nacheichung im Wege der Reichsgesetzgebung allgemein zur Durchführung zu bringen. Die bisherige preußische Praxis der polizeilichen Revisionen hat, wie die dem Entwurf beigegebene Begründung ausführt, kein befriedigendes Ergebnis gehabt. Ihre Folge ist vielmehr, daß jährlich durchschnittlich etwa jeder vierte, in einzelnen preußischen Provinzen etwa jeder dritte revidierte Gewerbetreibende unter Einziehungen der beanstandeten Gegenstände bestraft werden muß. Die beiden Paragraphen des Entwurfs, die das vom Reichsamt des Innern gewählte System der Nacheichung regeln, lauten:

§ 10. Die Eichung besteht in der vorschriftsmäßigen Prüfung und Stempelung durch die zuständige Behörde. Sie umfaßt die erstmalige Eichung, die vor der Bereitstellung zum Messen und Wägen im Verkehr, und die Nacheichung, die innerhalb bestimmter Fristen vorzunehmen ist.

§ 11. Die Frist, innerhalb deren die Nacheichung vorzunehmen und zu wiederholen ist, beträgt bei den Flüssigkeitsmaßen und Meßwerkzeugen für Flüssigkeiten, den Gewichten und Wagen für eine größte zulässige Last bis einschließlich 3000 Kilogramm ein Jahr, den Längenmaßen, Hohlmaßen, Meßwerkzeugen für trockene Gegenstände und den Fässern für Bier zwei Jahre, den Wagen für eine größte zulässige Last von 3000 Kilogramm und darüber, den festfundamentierten Wagen und den Fässern für Wein und Obstwein drei Jahre. Die Frist beginnt mit dem Ablaufe desjenigen Kalenderjahres, in welchem die letzte Eichung vorgenommen worden ist.

Nach § 12 soll der Bundesrat ermächtigt sein, diese Vorschriften in einzelnen Fällen zu ändern.

Diese Regelung hat nach der Begründung vor dem bisherigen polizeilichen Repressivsystem den Vorzug, daß sie die Richtigkeit der Maße besser gewährleistet und daß die zahlreichen Bestrafungen wegfallen. Eine Folge der Einführung der Nacheichung ist die Verstaatlichung der bisher kommunalen Eichämter. Da die Kosten des Eichwesens sich durch die Neuregelung erheblich vertewern werden, soll die Gebührentaxe nicht mehr wie bisher von der Normal-Eichungskommission, sondern vom Bundesrat festgesetzt werden. Die Festsetzung der Nacheichungsgebühren soll innerhalb der vom Bundesrate zu bestimmenden Höchstbeträge durch die Landesregierungen erfolgen. Der Entwurf enthält dann noch eine Anzahl weiterer Aenderungen, von denen die wichtigste die Stellung Bayerns betrifft. Nach § 21 des Entwurfs dürfen Meßgeräte, die den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechend geeicht sind, im ganzen Reichsgebiet angewendet werden. Damit ist die Freizügigkeit der Maße auf Bayern ausgedehnt. Zu den sonstigen Neuerungen des Entwurfs gehört eine Umgestaltung der geltenden Strafbestimmungen. Die Ausdehnung des bisher nur für Weinfässer geltenden Eichzwanges auf die Bierfässer sowie die Schaffung des Wortes „Neuzentner" neben der bisherigen Bezeichnung Doppelzentner, durch die die Möglichkeit geboten werden soll, „daß auch eine dem metrischen System angepaßte Bezeichnung für diese Gewichtsmenge im Verkehr Eingang finde."

* **Der Alldeutsche Verbandstag** in Lübeck wurde Sonnabend morgen 10 Uhr im Beisein von 200 Vertretern eröffnet. Vorher wurden Kränze am Bismarck-Denkmal niedergelegt. Vorträge hielten u. a. die Professoren Hasse-Leipzig, Buchholz-Leipzig und Oberstudiendirektor Ziehen-Berlin.

* **Der Kaiser** traf Sonnabend Vormittag auf der Station Priort ein und begab sich zum Döberitzer Truppenübungsplatz. Dort stand auf der Dyroger Chaussee die